



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel** und **Fraktion (AfD)**

Haushaltsplan 2023;

**hier: Zuschüsse zur Förderung der Heranführung der Jugendlichen an wirtschaftliche Fragen
(Kap. 07 03 Tit. 686 59)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2023 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 07 03 wird der Ansatz im Tit. 686 59 (Zuschüsse zur Förderung der Heranführung der Jugendlichen an wirtschaftliche Fragen) von 900,0 Tsd. Euro um 1.100,0 Tsd. Euro auf 2.000,0 Tsd. Euro erhöht.

Die Deckung erfolgt aus den in Kap. 07 05 Tit. 893 75 eingesparten Mitteln.

Begründung:

Bedauerlicherweise wird in Deutschland das Potenzial zur Vermögensbildung immer weiter eingeschränkt. So ist das durchschnittliche Vermögen pro Erwachsenen in Deutschland deutlich niedriger als in den meisten anderen Industrieländern. Sie betrug laut Credit Suisse Research Institute 56,7 Tsd. Euro. In Frankreich waren es dagegen 115,8 Tsd. Euro, in Italien 103 Tsd. Euro und in Spanien 91,7 Tsd. Euro. Nur die Griechen waren mit 50 Tsd. Euro weniger wohlhabend.

Der Großteil der bayerischen Privathaushalte spart trotz erheblicher Nettoverluste durch den EZB-Negativzins (jährlich 34,5 Mrd. Euro bzw. knapp 500 Euro pro Erwachsenen) weiterhin sein Einkommen in klassischen Bank-Einlagen.

Leider sind die Deutschen gleichzeitig traditionell „risikoavers“ und eher skeptisch, in Wertpapiere zu investieren. Während in Deutschland nur 10,9 Prozent der Privathaushalte Aktien besitzen, sind dies in Frankreich 11,3 Prozent und in Spanien 11,6 Prozent. 10 Prozent der italienischen Haushalte besitzen Anleihen, in Deutschland hingegen nur 3,2 Prozent. Und in Finnland hält 26 Prozent der Haushalte Aktien.

Deshalb ist es notwendig, mehr Bürgern zu helfen, mehr Geld nicht auf Sparbüchern anzulegen, sondern in andere Anlageformen zu investieren.

Eine breite Bildung in grundlegenden wirtschaftlichen Zusammenhängen und im gemeinen Finanzwesen ist geboten, damit mehr Bürger die richtige Geldanlage für die Vermögensbildung lernen. Aus diesem Grund sollte nach finnischem und österreichischem Vorbild das Fachgebiet „Ökonomische Bildung und Finanzwissen“ als zusätzliches freiwilliges Lehrfach in der Sekundarstufe II mit Teilnahme am entsprechenden PISA-Modul eingeführt werden. Des Weiteren bedarf es lebenslanger berufsbegleitender Lehrangebote im Bereich „Ökonomische Bildung und Finanzwissen“.

Diese Forderungen werden von der IHK, der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) und führenden Ökonomen, wie Dr. Daniel Stelter, unterstützt.